KURZ-INFORMATIONEN ZU DEN EXTREMISTISCHEN PHÄNOMENBEREICHEN

VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 2021

Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg
AUGEN AUF HAMBURG

Hamburg

Kurz-Informationen zu den extremistischen Phänomenbereichen und weiteren Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Hamburg

Weitere, vertiefende Informationen finden Sie im aktuellen Verfassungsschutzbericht sowie auf der LfV-Homepage unter www.hamburg.de/verfassungsschutz.

RECHTSEXTREMISMUS

Personenpotenzial
2021 wurden der rechtsextremistischen Szene in Hamburg, wie im Vorjahr 2020, 380 Personen zugerechnet. Von diesen 380 Personen stuft das LfV Hamburg weiterhin 120 Personen als gewaltorientiert ein. Zum Vergleich: Das bundesweite Personenpotenzial stieg auf 33.900 an (2020: 33.300). Als gewaltorientiert gelten davon 13.500 Personen (2020: 13.300).

Straftaten: Politisch motivierte Kriminalität (PMK)
Die Zahl der in Hamburg insgesamt erfassten Straftaten im Rahmen der PMK Rechts lag im Jahr 2021 bei 542 Taten (2021: 544). Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten sank 2021 auf 382 Fälle (2020: 411). Ebenfalls leicht gesunken ist die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten von 34 (2020) auf 30 im Jahr 2021. Erneut entfiel mit 238 Fällen (2020: 263) der größte Anteil der rechtsextremistischen Straftaten auf sogenannte Propagandadelikte (insbesondere Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gem. § 86a StGB). Propagandadelikte werden als sogenannte „echte Staatsschutzdelikte" grundsätzlich als extremistisch eingestuft, obwohl sie nicht als gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen nach dem Hamburgischen Verfassungsschutzgesetz zu werten sind. Die vorliegenden Daten zu Tatverdächtigen deuten darauf hin, dass die Taten in vielen Fällen aus einem Randständigenmilieu heraus, häufig in alkoholisiertem Zustand, begangen werden. Insofern bleibt die Aussagekraft der Zahl der Propagandadelikte für die Entwicklung extremistischer Kriminalität begrenzt.

Die extremistischen Gewalttaten verteilen sich auf die Straftatbestände Körperverletzung (15), gefährliche Körperverletzung (10), Widerstand gegen/tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte (5). In allen Fällen ist eine situative Tatbegehung wahrscheinlich. Wie in den Vorjahren ist der weit überwiegende Teil der festgestellten rechtsextremistischen Straftäter dem weitgehend unstrukturierten rechtsextremistischen Personenpotenzial zuzurechnen.

Im Jahr 2021 wurden in den extremistischen Phänomenbereichen 70 antisemitische Straftaten erfasst (2020: 54), davon 63 (2020: 45) extremistische. Hiervon wurden 57 Taten dem Bereich PMK rechts zugeordnet. Bei vielen dieser Taten liegen der Zuordnung keine Erkenntnisse über den Täter oder dessen tatsächliche Motivation zugrunde. Die Zurechnung zur PMK rechts erfolgt in diesen Fällen nach der Maßgabe, dass antisemitische Straftaten immer dann als rechtsmotiviert gewertet werden, wenn keine tatsächlichen Anhaltspunkte für eine andere Tatmotivation vorliegen.

Die insbesondere von radikalisierten Rechtsextremisten ausgehenden Gefahren bestehen auch in Hamburg. Angesichts der Problematik radikalisierter Einzeltäter ist festzustellen, dass der Grad der Gefährlichkeit nicht ausschließlich vom quantitativen Potenzial der jeweiligen Szenen abhängt. Wenngleich die hinsichtlich der betroffenen Rechtsgüter eine gravierende Gefahr vom Rechtsterrorismus ausgeht, darf die gesellschaftliche Unterminierung durch das Phänomen der Entgrenzung nicht unterschätzt werden. Nicht gewalttätig agierende Rechtsextremisten nehmen vermeintliche oder tatsächliche Ängste der Bevölkerung auf, verstärken diese durch ihre Propaganda und schaffen so Anknüpfungspunkte zu nichtextremistischen Kreisen. Eine sich als Gegenelite verstehende Neue Rechte will mit ihren Konzepten in die Mitte der Gesellschaft wirken und den politischen Diskurs beeinflussen und schließlich prägen. Berührungsängste hinsichtlich eines Zusammenwirkens mit Rechtsextremisten sollen so zunehmend abgebaut werden. Zur Eindämmung dieser Gefahr trägt der Verfassungsschutz durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit maßgeblich bei.

ISLAMISMUS

Personenpotenzial
Nach wie vor ist das Gesamtpotenzial im Bereich Islamismus auf hohem Niveau. In Hamburg betrug das Gesamtpotenzial Ende 2021 1.650 und ist damit fast unverändert zu 2020 (1.660); davon gelten 1.130 als gewaltorientierte Islamisten (2020: 1.350), darunter sind auch die Jihadisten. In Hamburg werden der Hizb ut-Tahrir im Jahr 2021 rund 340 (2020: 300) deutsche oder afghanisch- und türkischstämmige Personen, der Furkan-Gemeinschaft in Hamburg 200 (2020: 170) überwiegend türkischstämmige Personen zugerechnet. Neben Hamburg sind Berlin, München und Dortmund weitere Schwerpunkte von Furkan-Anhängern in Deutschland. Ausreisebewegungen in Richtung Syrien und Irak blieben auch 2021 aus, sodass die Zahl unverändert bei 86 bekannten Fällen liegt. Weit über ein Drittel ist bislang zurückgekehrt. Der Furkan-Gemeinschaft wurden Ende 2021 200 Personen zugerechnet (2020: 170). Die Steigerungen ergeben sich aus dem Zulauf in das Spektrum sowie die Aufklärung des Dunkelfeldes durch den Verfassungsschutz.

Salafismus/Jihadismus
Eine Teilmenge des Islamismuspotenzials bildet die Zahl der Anhänger des salafistischen Spektrums; sie lag Ende 2021 bei 550 Personen (2020: 670). Von den 550 Salafisten waren 270 der jihadistischen Strömung zuzurechnen (2020: 340).

Iranische Islamisten
Eine wichtige proiranische Einrichtung ist die an der Außenalster gelegene schiitische „Imam Ali-Moschee", deren Trägerverein das „Islamische Zentrum Hamburg e.V." (IZH) ist. Das IZH ist als Anlaufstelle für schiitische Muslime aller Nationen eines der wichtigsten Zentren seiner Art in Europa. Der Verfassungsschutz konnte 2021 weitere umfassende Erkenntnisse gewinnen, die unter anderem die Eingliederung des IZH in den iranischen Staatsapparat sowie Verstrickungen zu örtlichen Strukturen der seit April 2020 verbotenen Terrororganisation „Hizb Allah" verdeutlichen. Im Mai 2022 wurde der stellvertretende IZH-Leiter aus Deutschland ausgewiesen.

Straftaten
Der Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – religiöse Ideologie" bildet ab, inwieweit eine Religion zur Begründung der Tat instrumentalisiert wird. Dies umfasst sowohl Straftaten aus islamistischer als auch sonstiger religiöser Motivation. 2021 hat sich die Zahl der Straftaten im Bereich religiöse Ideologie im Vergleich zu 2020 von 30 auf 27 Reduziert, davon 14 extremistische Taten (2020: 22). Die Zahl der extremistischen Gewalttaten belief sich unverändert zum Vorjahr auf 2.

LINKSEXTREMISMUS

Personenpotenzial
Das linksextremistische Personenpotenzial in Hamburg blieb im Jahr 2021 mit rund 1.240 Personen (2020: 1.270) in etwa konstant. Der postautonomen, autonomen sowie der antiimperialistischen Szene gehörten 900 Personen an (2020: 910). Darüber hinaus stieg die Zahl von gewaltorientierten dogmatischen Linksextremisten auf 40 Personen gegenüber dem Vorjahr (2020: 30). Das LfV Hamburg stuft 2021 somit 940 Personen (2020: 940) als gewaltorientierte Linksextremisten ein, das sind mehr als 75 Prozent aller Linksextremisten in Hamburg. Das Potenzial der marxistisch-leninistischen Kern- und Nebenorganisationen sowie revolutionär-marxistischen Gruppen ging auf circa 300 Personen (2020: 330) zurück.

Straftaten
Die Zahl der in Hamburg insgesamt erfassten Straftaten im Rahmen der PMK Links lag mit 727 Taten im Vergleich zum Vorjahr auf einem höheren Niveau (2021: 706). Darin enthalten sind 47 linksextremistische Straftaten (2021: 229), davon 19 linksextremistische Gewaltdelikte (2021: 162). Der Anstieg der PMK Zahlen gegenüber des Jahres 2020 erklärt sich aus den in 2021 gelockerten Pandemie bedingten Regelungen im Zusammenhang mit Demonstrationen und Versammlungen, durch welche es gegenüber dem Vorjahr zu einer Steigerung von entsprechenden Aktivitäten kam.

Wie bereits seit 2019 dargestellt, haben schwere Straf- und Gewalttaten in Deutschland, bei denen militante Linksextremisten auch Leib und Leben unbeteiligter Menschen in Gefahr brachten, eine Entwicklung genommen, die als neue Eskalationsstufe der Gewalt betrachtet werden muss. Die Straftaten werden gewalttätiger, persönlicher und professioneller und verschieben sich immer häufiger von der institutionellen auf die persönliche Ebene, wie im Lagebild „Radikalisierung im gewaltorientierten Linksextremismus" des Verfassungsschutzverbundes von 2021 dargelegt wird.

EXTREMISMUS MIT AUSLANDSBEZUG

In Hamburg lag die Anzahl der Anhänger ausländischer extremistischer Vereinigungen Ende 2021 bei 725 Personen (2020: 800). Davon entfallen 500 Personen auf die PKK (2020: 550), 130 Personen auf Türkische Linksextremisten (2020: 140), sowie auf Anhänger türkisch-nationalistischer Strömungen 95 Personen (2020: 110). Die rückläufige Tendenz des PKK-Personenpotenzials hat sich 2021 fortgesetzt. In den vergangenen Jahren konnte man bei der jüngeren Generation eine nachlassende Identifikation beobachten. Dies zeigte sich in zurückgehenden Teilnehmerzahlen bei PKK-Veranstaltungen und in einem geringeren Engagement in den sozialen Medien. Die PKK verfügt über das konkrete Potenzial hinaus in Hamburg über ein Sympathisantenumfeld, das sich mit den Zielen der Terrororganisation, insbesondere Abdullah Öcalan als Person und Führungsfigur sowie der Gegnerschaft zum türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, identifiziert. Wie in den Vorjahren ist insgesamt von einem Unterstützerpotenzial von rund 1.500 Personen auszugehen, die anlassbezogen immer wieder für Demonstrationen zu mobilisieren sind.

Die verschiedenen Gruppierungen des türkischen rechtsextremistischen Lagers traten, wie im Jahr 2020, auch 2021 selbstbewusst und politischer auf als in den vergangenen Jahren, obgleich es aufgrund der Corona-Pandemie kaum zu nennenswerten realweltlichen Aktivitäten kam. Daher zeigte sich dies vor allem in ihrer Propaganda in den sozialen Netzwerken, in denen der türkische Staatspräsident Erdoğan und die türkische Regierung vielfach kritiklose Unterstützung der hiesigen Ülkücü-Anhänger erfahren. Insbesondere der gescheiterte Putschversuch in der Türkei 2016 führte dazu, dass sich Teile der Ülkücü- Bewegung verstärkt dem türkischen Präsidenten zugewandt haben.

Straftaten
2021 wurden 79 politisch motivierte Straftaten im Bereich des Extremismus mit Auslandsbezug in Hamburg erfasst (2020: 70). Darin enthalten sind 19 extremistische Straftaten (2020: 3), davon 3 extremistische Gewaltdelikte (2020: 2). Der Anstieg der PMK-Zahlen gegenüber 2020 erklärt sich aus den in 2021 gelockerten Pandemie bedingten Regelungen im Zusammenhang mit Demonstrationen und Versammlungen, durch welche es gegenüber 2020 zu einer Steigerung entsprechender Aktivitäten kam.

VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGISCHER EXTREMISMUS

Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates
Die Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern bearbeiten seit April 2021 das neue Sammel-Beobachtungsobjekt „Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates" im ebenfalls neu eingerichteten Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staats". Hierunter fallen Bestrebungen, die auf eine agitatorische Verächtlichmachung ohne Sachbezug und mit delegitimierender Zielsetzung gegen den demokratischen Rechtsstaat sowie dessen Repräsentanten und deren demokratisch legitimierten Entscheidungen in Form systematischer Beschimpfungen, Verdächtigungen, Verleumdungen und Verunglimpfungen angelegt sind.

Delegitimierer nehmen Rekurs auf ein vermeintliches Widerstandsrecht. Auch Gewaltdrohungen gegen Vertreter der parlamentarischen Demokratie bis hin zu Mordaufrufen sowie die Verbreitung von Verschwörungserzählungen und antisemitischen Stereotypen gehören in Teilen zum Repertoire der Delegitimierer. Gruppierungen und Personen dieses Spektrums lassen sich nicht einem klassischen Phänomenbereich wie zum Beispiel dem Rechtsextremismus, Linksextremismus oder Islamismus zuordnen, wenngleich ideologische Schnittmengen vor allem zu Rechtsextremisten und Reichsbürgern bestehen. Daher spricht man bei diesem Phänomenbereich auch von einem „Extremismus sui generis".

Eine wachsende Rolle in der Protestorganisation in Hamburg nimmt seit Anfang 2022 der Verein „UMEHR e.V." (United Movement For Equal Human Rights) ein. Die Verfassungsfeindlichkeit dieses Vereins ergibt sich aus der offen artikulierten Feindschaft gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat. Insbesondere lehnt UMEHR e.V. das Demokratieprinzip ab und verfolgt eine sicherheitsgefährdende und demokratiefeindlichen Delegitimierung des Staates, die zusätzlich mit einem ausgeprägten Widerstandsnarrativ unterlegt wird. Die politische Ausrichtung von UMEHR e.V. zeigt mitunter auch eine für das Reichsbürger-Milieu typische Argumentation. Innerhalb der bundesweiten Corona-Leugner-Bewegung fällt UMEHR e.V. mit seiner ideologischen Ausrichtung eine Minderheitenposition zu. Der Verein vertritt einen im Kern radikal linken Antikapitalismus. Dieser basiert auf einem im linksextremistischen Antiimperialismus verwurzelten Gesellschaftsverständnis. Dieses ideologische Fundament dient als Projektionsfläche für eine ausgeprägte Delegitimierungs-Agitation gegen die parlamentarische Demokratie. Aber auch Beiträge eher rechtsgerichteter, sogenannter „alternativer Medien" werden von Protagonisten des Vereins geteilt. Weiterhin zeichnet UMEHR e.V. eine ausgesprochen pro-russische Haltung aus, auch und gerade nach dem völkerrechtswidrigen Krieges Russlands gegen die Ukraine.

Potenziale
Dem Hamburger Personenpotenzial des Phänomenbereiches „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates" rechnete das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg Ende 2021 eine mittlere zweistellige Zahl zu. Dieses setzt sich zusammen aus Personen mit Gruppenanbindung und Einzelpersonen. Personelle Überschneidungen bei einem Teil des Personenpotenzials ergeben sich zu den Phänomenbereichen „Rechtsextremismus" und „Reichsbürgern und Selbstverwaltern".

Ende 2021/Anfang 2022 erhöhte sich das Teilnehmerpotenzial der Hamburger Demonstrationen signifikant. Grund hierfür dürfte insbesondere die Erwartung einer bevorstehenden Impfpflicht gewesen sein. Auch einige Hamburger Rechtsextremisten und auswärtige Gruppierungen, die offensichtlich auch die zwischenzeitliche Größe der Versammlungen in Hamburg angezogen haben dürfte, mobilisierten für die Versammlungen, ohne dass sie prägenden oder steuernden Einfluss erreichten. Darunter waren Mitglieder der NPD und subkulturell geprägte Rechtsextremisten, zum Beispiel aus der früheren „Michel-wach-endlich-auf"-Kampagne, die sich gegen die damalige CDU/CSU-SPD-Koalition auf Bundesebene richtete.

Reichsbürger und Selbstverwalter
„Reichsbürger" und „Selbstverwalter" sind Einzelpersonen und Gruppierungen, die aus diversen Beweggründen und mit den verschiedensten Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland, inklusive ihres Rechtssystems ablehnen und den demokratisch gewählten Repräsentanten und Institutionen die Legitimation absprechen.
„Reichsbürger" und „Selbstverwalter" berufen sich häufig auf das historische Deutsche Reich, verschwörungsideologische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht. Da sie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland ablehnen, werden ihre somit gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Bestrebungen vom Verfassungsschutz beobachtet. Die ausgesprochen heterogenen ideologischen Versatzstücke der „Reichsbürger" und „Selbstverwalter" finden ihren gemeinsamen Nenner in der grundsätzlichen Ablehnung der völkerrechtlichen Legitimität und Souveränität der Bundesrepublik, die häufig mit der Forderung nach der Wiederherstellung des „Deutschen Reiches" in den jeweiligen Grenzen von 1871, 1914, 1917 oder 1937 einhergeht. Dieser Geschichtsrevisionismus ist auch in der rechtsextremistischen Szene verbreitet. Ein kleiner Teil der Reichsbürger-Szene fällt auch durch Bezüge zum Rechtsextremismus sowie zum Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates" auf. Sogenannte „Selbstverwalter" negieren ebenfalls die Existenz der Bundesrepublik Deutschland, streben jedoch nicht zwangsläufig die Wiederherstellung eines „Deutschen Reiches" an. Sie erklären oftmals, aus der Bundesrepublik Deutschland ausgetreten zu sein und definieren ihr Haus oder Grundstück als souveränes Staatsgebiet, auf dem die Gesetze der Bundesrepublik keine Geltung hätten.

Potenziale
In Hamburg wurden Ende 2021 290 Personen der Reichsbürgerszene zugerechnet (2020: 175). Knapp zehn Prozent davon wiesen davon Überschneidungen zum Rechtsextremismus auf. Bemerkenswert ist der – verglichen mit dem Rechtsextremismus – hohe Anteil von Hamburger Szeneangehörigen mit erkennbarem Migrationshintergrund (ebenfalls fast zehn Prozent). Die Hamburger Reichsbürger- und Selbstverwalterszene ist, wie das bundesweite Spektrum, sehr heterogen und besteht überwiegend aus Einzelpersonen ohne Gruppenzugehörigkeit.

Beim Hamburger Personenpotenzial konnte im Verlauf des Jahres 2021 ein deutlicher Zuwachs beobachtet werden. Reichsbürger und Selbstverwalter sind seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie sehr aktiv und werden durch diese beflügelt. Auch zum Spektrum der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierer bestehen ideologische und personelle Überschneidungen. Die Gründe für den Anstieg sind vielfältig und liegen im nach wie vor anhaltenden Zulauf in das Spektrum und der konsequenten Aufhellung des Dunkelfeldes durch den Verfassungsschutz.

SCIENTOLOGY-ORGANISATION

Potenziale
Der Hamburger Scientology-Organisation (SO) wurden Ende 2021, wie im Vorjahr, rund 300 Anhänger zugerechnet.

Die SO hat auch im Jahr 2021 ihre Aktivitäten den Gegebenheiten der Corona-Pandemie angepasst. Vor dem Hintergrund der Pandemie sollen Menschen in angespannten Lebenslagen erreicht und für Scientology gewonnen werden, zum Beispiel über verschiedene Online-Angebote.

Auch 2021 erhielt das LfV Hamburg Hinweise von Hamburgerinnen und Hamburgern auf über Hausbriefkästen verteilte Flyer und Broschüren der SO. Hierfür wird vornehmlich bereits aus den Vorjahren bekanntes Material genutzt, darunter Flyer und Broschüren der Tarnorganisation „Sag Nein zu Drogen – Sag Ja zum Leben“ und „Der Weg zum Glücklichsein“. Darüber hinaus werden Einladungen zu Persönlichkeitstests verteilt. Diese dienen dazu, Daten für eine Kontaktaufnahme zu erfassen, um neue Mitglieder zu gewinnen.

SPIONAGEABWEHR UND WIRTSCHAFTSSCHUTZ

Die Spionageabwehr der Verfassungsschutzbehörden hat den gesetzlichen Auftrag, Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten fremder Mächte zu sammeln. Dabei geht es neben der Aufklärung aktueller Spionagefälle auch darum, die Methoden, Zielrichtungen und Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland aktiver ausländischer Nachrichtendienste zu erkennen.

Mit der verstärkten Nutzung des Cyberraumes hat sich die Intensität der Spionage in vielfältiger Hinsicht deutlich gesteigert. Cyberspionage bietet gegenüber der traditionellen Spionage aus Sicht gegnerischer Nachrichtendienste viele Vorteile. So haben sich Cyberangriffe für Nachrichtendienste zu einem Standardwerkzeug entwickelt, das kontinuierlich ausgebaut wird. Diese elektronischen Attacken bergen ein sehr hohes Gefährdungspotenzial.

Insbesondere die Nachrichtendienste der Russischen Föderation und der Volksrepublik China sind weiterhin in großem Umfang und bei steigender Komplexität in der Cyberspionage aktiv. Auch die Nachrichtendienste weiterer Staaten wie Nordkorea und die Islamische Republik Iran verfügen mittlerweile über die Ressourcen, elektronische Angriffe auf herausragendem Niveau gegen Ziele in Deutschland durchzuführen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Lage nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine sehen das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und der Verfassungsschutz derzeit eine erhöhte Bedrohungslage für Deutschland. Das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine wird nach wie vor durch Versuche der Einflussnahme und durch Cyberangriffe insbesondere von prorussischer Seite begleitet. Gemeinsam mit weiteren Staaten beteiligt sich Deutschland weiterhin an Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und liefert Waffen und Ausrüstung an die Ukraine. Politische Entscheidungsträgerinnen und -träger in Deutschland, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Beschäftigte in der Verwaltung können deshalb – direkt oder indirekt – zu Zielen werden.

Der neue Verfassungsschutzbericht ist abrufbar unter

www.hamburg.de/verfassungsschutz